

CDU-, UWG/Forum- und FDP-Fraktion im Rat der Stadt Bornheim

Herrn
Wilfried Hanft
Vorsitzender des Ausschusses für Schule, Soziales
und demographischen Wandel der Stadt Bornheim
Rathausstr. 2
53332 Bornheim

Bornheim 05.12.2019

Antrag auf eine unverzügliche Sondersitzung des Ausschusses

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

hiermit beantragen wir gemäß §1 (1) i.V.m. §31 der Geschäftsordnung des Rates die unverzügliche Einberufung einer Sitzung des Ausschusses für Schule, Soziales und demographischen Wandel. Wir beantragen ferner die Beratung des Tagesordnungspunktes „Ganztagskonzept des Alexander-von-Humboldt-Gymnasiums“, um eine Entscheidung des Ausschusses in dieser Angelegenheit herbeizuführen.

Begründung:

Die Schulkonferenz des Alexander-von Humboldt-Gymnasiums hat den Wechsel von der gebundenen Ganztagschule zu einer sogenannten „Halbtagschule Plus“ mit außerunterrichtlichen Ganztags- und Betreuungsangeboten beantragt. Die Stadt Bornheim als Schulträger entscheidet unter Einbeziehung der Bezirksregierung, welche Form der Ganztags- und Betreuungsangebote in der Primarstufe und Sekundarstufe I angeboten wird. Zuständig für diese Entscheidung ist der Ausschuss für Schule, Soziales und demographischen Wandel.

Der Bürgermeister hat dem Ausschuss bislang noch keine Beschlussvorlage zur Entscheidung vorgelegt, obwohl dazu im Rahmen der Ausschusssitzungen am 17.09.2019 und 27.11.2019 Gelegenheit bestanden hätte. Mittlerweile rückt der Anmeldetermin für das Schuljahr 2020/21 näher und die Schulgemeinschaft sowie die Eltern von künftigen Fünftklässlern erwarten zu Recht eine zeitnahe Entscheidung über das künftige Ganz- oder Halbtagsangebot. Da die nächste geplante Sitzung des Ausschusses erst am 21.01.2020 stattfindet, beantragen wir eine Sondersitzung, um eine zeitnahe Beschlussfassung herbeizuführen. Nur so bekommen die Schule und die Eltern Planungssicherheit für das kommende Schuljahr.

Wir erwarten, dass der Bürgermeister dem Ausschuss in dieser Sitzung alle notwendigen Unterlagen und insbesondere eine verbindliche Auskunft zu den finanziellen Auswirkungen des von der Schule beabsichtigten Wechsels darzustellen. Wir sind irritiert, dass der Bürgermeister ohne Einbindung der Schulkonferenz und des zuständigen Ausschusses offenbar ein eigenes, nicht vom Schulgesetz und Ganztagerlass des Schulministerium gedecktes Ganztagsmodell für das Gymnasium entwickelt hat und durch diese Maßnahme den Beratungsgang sowie die Entscheidungsfindung verzögert hat.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Petra Heller, Gabriele Kretschmer und Fraktion
gez. Hans-Gerd Feldenkirchen, Josef Müller und Fraktion
gez. Christian Koch, Matthias Kabon und Fraktion